



In der Folge wird dokumentiert, wie sich die teilnehmenden Kandidaten zu Fragen des „Wahlkompass“ positioniert haben, bei denen keine konkrete oder ableitbare Beschlussfassung vorliegt.

Neue Lehrkräfte in Niedersachsen sollen weiterhin verbeamtet werden.

Stimme vollkommen zu	
Stimme zu	3
Neutral	2
Stimme nicht zu	4
Stimme überhaupt nicht zu	

Votum: Neutral

Begründung der Kandidaten:

Leider konnten wir hier keine eindeutig mehrheitliche Meinung generieren. Zwar halten wir den Beamtenstatus hauptsächlich für dort notwendig, wo hoheitliche Aufgaben zu bearbeiten sind. Nichts desto trotz soll aber auch dort, wo der Wunsch nach einem Beamtenstatus mit all seinen Vor- und Nachteilen besteht, eine Verbeamtung im Lehrerberuf möglich sein.

Förderschulen für behinderte Kinder sollen erhalten bleiben.

Stimme vollkommen zu	
Stimme zu	8
Neutral	
Stimme nicht zu	1
Stimme überhaupt nicht zu	

Votum: Stimme zu

Begründung der Kandidaten:

Auch wenn die Betreuung in der Regelschule wünschenswert ist, um Inklusion zu gewährleisten, so sehen wir doch, dass die tatsächliche Betreuung dort nicht überall gewährleistet ist. Wir wollen deshalb dort, wo der Wunsch nach einem Besuch der Förderschule besteht, dies als Wahlmöglichkeit aufrecht erhalten sehen.

In den Lehrplänen der Schulen soll der Schwerpunkt eher auf Naturwissenschaften und Technik statt auf Fächern wie Kunst und Sozialkunde liegen.

Stimme vollkommen zu	
Stimme zu	
Neutral	7
Stimme nicht zu	2
Stimme überhaupt nicht zu	

Votum: Neutral

Begründung der Kandidaten:

Hier konnten wir keine eindeutig mehrheitliche Meinung generieren. Es ist zwar wünschenswert, dass alle Schüler möglichst frühzeitig mit MINT-Fächern in Berührung kommen. Für genauso wichtig halten wir jedoch Kunst und Sozialkunde zur persönlichen Entwicklung. Die Schwerpunkte sollten die Schulen in ihrem Angebot legen und somit den Schülern Wahlmöglichkeiten nach ihren Begabungen und Interessen bieten.

Kinder sollen mehr Zeit mit ihren Eltern verbringen, statt nachmittags an der Schule betreut zu werden.

Stimme vollkommen zu

Stimme zu

Neutral 1

Stimme nicht zu 6

Stimme überhaupt nicht zu 2

Votum: Stimme nicht zu

Begründung der Kandidaten:

Wir sind der Meinung, dass eine schulische Ganztagsbetreuung dort gut und sinnvoll ist, wo ansonsten keine elterliche oder anderweitige Betreuung möglich wäre. Diese darf nicht verpflichtend sein, um auch andere z.B. sportliche oder künstlerische Aktivitäten ausüben zu können.

Das „Sitzenbleiben“ in der Schule soll abgeschafft werden.

Stimme vollkommen zu 1

Stimme zu 1

Neutral 5

Stimme nicht zu 2

Stimme überhaupt nicht zu

Votum: Neutral

Begründung der Kandidaten:

Hier ließ sich leider keine mehrheitliche Meinung für oder gegen das Sitzenbleiben generieren. Für am besten geeignet, um Sitzenbleiben zu vermeiden, halten wir die individuelle Förderung der jeweiligen Schüler. Langfristig ist dies auch unser Ziel. Aktuell sehen wir jedoch keine Möglichkeit der Umsetzung. Hinzu kommt, dass nach einer Befragung des Meinungsumfrageinstituts Allensbach 85 Prozent der Jugendlichen das Sitzenbleiben bejahen, nur vierzehn Prozent sind für die Abschaffung der Ehrenrunde. Auch wenn viele Fachleute das Wiederholen einer Klasse inzwischen als längst überholt betrachten, sehen offensichtlich im Gegensatz dazu die Schüler im Sitzenbleiben eine Chance.

Forschung zu militärischen Zwecken soll an den niedersächsischen Universitäten erlaubt sein.

Stimme vollkommen zu

Stimme zu 2

Neutral

Stimme nicht zu

Stimme überhaupt nicht zu 7

Votum: Stimme überhaupt nicht zu

Begründung der Kandidaten:

Wir sind mehrheitlich der Meinung, dass es für eine pazifistisch-orientierte Partei ein Selbstverständnis ist, die Zivilklausel wieder einführen zu wollen. Zumal damit wohl auch nicht in die gem. Art 5 (3) grundgesetzlich garantierte Freiheit von Forschung und Lehre eingegriffen wird, wie die Beispiele aus anderen Bundesländern zeigen, die eine derartige Regelung haben.

Niedersachsen soll mehr Geld für die berufliche Weiterbildung zum Meister (“Meister-BAföG”) ausgeben.

Stimme vollkommen zu 6
Stimme zu 3
Neutral
Stimme nicht zu
Stimme überhaupt nicht zu

Votum: Stimme vollkommen zu

Begründung der Kandidaten:

Wir halten (Weiter-)Bildung im gesamten Leben für eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Auch die Meister-Ausbildung kommt letztendlich durch erhöhte Zahlung von Steuern wieder der Gemeinschaft zu Gute. Zu überlegen wären Regelungen, bei denen sich Unternehmen an den Kosten beteiligen, die dann ebenfalls von den neuen Kenntnissen profitieren.

An allen niedersächsischen Schulen soll Islamunterricht angeboten werden.

Stimme vollkommen zu
Stimme zu
Neutral 2
Stimme nicht zu
Stimme überhaupt nicht zu 7

Votum: Stimme überhaupt nicht zu

Begründung der Kandidaten:

Wir sind der Meinung, dass Religion als Privatsache anzusehen ist und daher komplett aus dem schulischen Unterricht verschwinden sollte, solange dort eine Religion im Vordergrund steht. Für sinnvoll erachten wir ein generelles Fach "Werte und Normen", das religionsübergreifend Wissen über alle Bekenntnisse vermittelt.

Kinder sollen schon in der Grundschule den Umgang mit digitaler Technik erlernen, um optimal auf das Berufsleben vorbereitet zu sein.

Stimme vollkommen zu 9
Stimme zu
Neutral
Stimme nicht zu
Stimme überhaupt nicht zu

Votum: Stimme vollkommen zu

Begründung der Kandidaten:

Wir sind der Meinung, dass eine umfangreiche Bildung im Umgang mit Medien kann schon in Kindergarten und Grundschule vermittelt werden. Nicht selten haben schon Kinder im entsprechenden Alter Smartphones oder anderweitige digitale Kommunikationsmittel.

Um Diskriminierung zu vermeiden, soll das Land eine geschlechtsneutrale Sprache verwenden.

Stimme vollkommen zu

Stimme zu

Neutral

Stimme nicht zu 2

Stimme überhaupt nicht zu 7

Votum: Stimme überhaupt nicht zu

Begründung der Kandidaten:

Wir sind der Meinung, dass bei bundesweit 7,5 Millionen Menschen, die nicht richtig lesen und schreiben können, eine Verkomplizierung der Sprache durch geschlechtsneutrale und nicht standardisierte Worte kontraproduktiv zu Bemühungen der Bundesregierung ist, ihnen wollen Bund und Länder jetzt in einer "Dekade der Grundbildung" helfen zu wollen. Zudem sorgt bspw. die *innen-Variante eher für eine Betonung des Unterschieds der Geschlechter.

Das Land soll in öffentlichen Gebäuden geschlechtsneutrale Toiletten (Unisex-Toiletten) einführen.

Stimme vollkommen zu

Stimme zu 5

Neutral 3

Stimme nicht zu 1

Stimme überhaupt nicht zu

Votum: Stimme zu

Begründung der Kandidaten:

Wir sind mehrheitlich der Meinung, dass mit der Umwidmung mindestens einer bereits vorhandenen geschlechtergetrennten Toilette pro geeignetem Gebäude in eine Unisex-Toilette eine sehr kostengünstige Umsetzungsmöglichkeit genutzt wird. Existieren nur nach Männern und Frauen getrennte Toiletten, so benachteiligt dies Menschen, die sich entweder keinem dieser beiden Geschlechter zuordnen können oder wollen oder aber einem Geschlecht, das sichtbar nicht ihrem biologischen Geschlecht entspricht. Weiterhin sollten getrennte Toiletten zur Verfügung stehen, da sich nicht alle, vor allem ältere Menschen, auf Unisex-Toiletten wohl fühlen.

An niedersächsischen Schulen sollen Inter- und Transgeschlechtlichkeit nicht thematisiert werden.

Stimme vollkommen zu

Stimme zu

Neutral

Stimme nicht zu

Stimme überhaupt nicht zu 9

Votum: Stimme überhaupt nicht zu

Begründung der Kandidaten:

Wir sind der Meinung, dass es spätestens mit dem Eintreten der Pubertät und dem Auseinandersetzen mit der eigenen Sexualität unumgänglich ist, Kenntnisse über die verschiedenen Formen der Geschlechtlichkeit kennen zu lernen, um Vorurteile abzubauen.

Das Land soll nur landwirtschaftliche Betriebe unterstützen, die biologisch anbauen.

Stimme vollkommen zu 1
Stimme zu 6
Neutral
Stimme nicht zu 2
Stimme überhaupt nicht zu

Votum: Stimme zu

Begründung der Kandidaten:

Als der Nachhaltigkeit verschriebene Partei sind wir mehrheitlich der Meinung, dass in der ökologisch betriebenen Landwirtschaft die Grundlage für die zukünftige Versorgung mit Lebensmitteln zu finden ist. Die immer wieder auftretenden Skandale insbesondere in der Massentierhaltung zeigen eindeutig, dass dieser Weg falsch ist. Natürlich muss auch hier die Einzelfallbetrachtung gelten.

Es soll strengere Auflagen für die Massentierhaltung geben, auch wenn dadurch die Preise steigen.

Stimme vollkommen zu 9
Stimme zu
Neutral
Stimme nicht zu
Stimme überhaupt nicht zu

Votum: Stimme vollkommen zu

Begründung der Kandidaten:

Als der Nachhaltigkeit verschriebene Partei sehen wir in der ökologisch betriebenen Landwirtschaft die Grundlage für die zukünftige Versorgung mit Lebensmitteln. Die immer wieder auftretenden Skandale insbesondere in der Massentierhaltung zeigen eindeutig, dass dieser Weg falsch ist. Natürlich muss auch hier die Einzelfallbetrachtung gelten.

Alle Kohlekraftwerke in Niedersachsen sollen in den nächsten 10 Jahren abgeschaltet werden.

Stimme vollkommen zu 6
Stimme zu 1
Neutral 2
Stimme nicht zu
Stimme überhaupt nicht zu

Votum: Stimme vollkommen zu

Begründung der Kandidaten:

Wir sind der Meinung, dass je früher ein Umstieg auf regenerative Energieerzeugung stattfindet, umso besser dies für Mensch und Natur ist. Wir fordern dafür die Abschaffung sämtlicher Subventionen für fossile und atomare Energieerzeugung, was dazu führen würde, dass schon heute die Erzeugung regenerativer Energien wirtschaftlich und marktfähig wäre.

Wenn durch Düngung zu viel Nitrat ins Grundwasser gerät, dürfen landwirtschaftliche Betriebe dort nicht mehr anbauen.

Stimme vollkommen zu 2
Stimme zu 2
Neutral

Stimme nicht zu
Stimme überhaupt nicht zu 5

Votum: Stimme nicht zu
Begründung der Kandidaten:

Wir sind mehrheitlich der Meinung, dass ein Anbau unter Verzicht auf Nitrateintrag weiterhin möglich sein soll. Insbesondere, weil eine punktgenaue Bestimmung des Eintragsortes in das Grundwasser nur schwer nachweisbar ist, sollten daher im in Frage kommenden Gebiet entsprechende Regelungen eingeführt werden.

Zum Schutz der Wirtschaft soll Niedersachsen keine weiteren Schutzgebiete für Tiere und Pflanzen (sog. "FFH" -Gebiete) ausweisen.

Stimme vollkommen zu
Stimme zu
Neutral
Stimme nicht zu 1
Stimme überhaupt nicht zu 7

Votum: Stimme überhaupt nicht zu
Begründung der Kandidaten:

Als Partei der Nachhaltigkeit findet jegliche Art und Menge von Schutzgebieten unsere Zustimmung. Wirtschaftliche Aspekte müssen hier in den Hintergrund treten. Langfristig

Das Land Niedersachsen soll seinen Sitz im Aufsichtsrat von VW behalten.

Stimme vollkommen zu 3
Stimme zu 6
Neutral
Stimme nicht zu
Stimme überhaupt nicht zu

Votum: Stimme zu
Begründung der Kandidaten:

Da dies im VW-Gesetz, welches wir nach wie vor für gerechtfertigt halten, geregelt ist, sehen wir keinen Änderungsbedarf. Allerdings sollte sichergestellt werden, dass dieses Mandat auch mit ernsthaftem Inhalt gefüllt und der Vorstand vollumfänglich kontrolliert wird.

Autohersteller, die Abgaswerte gefälscht haben, müssen ihre Kundschaft finanziell entschädigen.

Stimme vollkommen zu 9
Stimme zu
Neutral
Stimme nicht zu
Stimme überhaupt nicht zu

Votum: Stimme vollkommen zu
Begründung der Kandidaten:

Wir sind der Meinung, dass was das Recht eines Kunden in den USA ist, muss auch das Recht eines Kunden in Deutschland sein. Daher halten wir neben einer wirksamen technischen Nachrüstung auf Kosten der Autohersteller eine zusätzliche Entschädigung für angemessen.

Geschäfte sollen generell auch sonntags öffnen dürfen.

Stimme vollkommen zu 2
Stimme zu
Neutral 2
Stimme nicht zu 3
Stimme überhaupt nicht zu 2

Votum: Stimme nicht zu

Begründung der Kandidaten:

Wir sind mehrheitlich der Meinung, dass Sonntagsöffnungen nicht möglich sein sollten, sofern dabei nicht Regelungen getroffen werden, die den Bedürfnissen von Arbeitnehmern und deren Familien Rechnung tragen. Weiterhin darf eine Sonntagsöffnung auch nicht zulasten von Kleinunternehmen gehen, die nur einen oder keinen Mitarbeiter haben. Dies dient auch dem Schutz vor sich selbst. Eine generelle Erlaubnis können wir somit nicht unterstützen und stehen ihr aufgrund der noch festzulegenden Rahmenbedingungen eher ablehnend gegenüber.

Das Land Niedersachsen soll sich dafür einsetzen, dass die Mietpreisbremse abgeschafft wird.

Stimme vollkommen zu
Stimme zu
Neutral
Stimme nicht zu
Stimme überhaupt nicht zu 9

Votum: Stimme überhaupt nicht zu

Begründung der Kandidaten:

Wir sind der Meinung, dass die Mietpreisbremse erweitert werden muss. Aufgrund der momentan bestehenden Ausnahmeregelungen lässt sich keine umfassende Wirkung feststellen. Im Gegenteil, diese ist eher die Ausnahme.

Es soll Fahrverbote für Dieselfahrzeuge in den Städten geben, um die Luftqualität zu verbessern.

Stimme vollkommen zu
Stimme zu
Neutral
Stimme nicht zu 3
Stimme überhaupt nicht zu 6

Votum: Stimme überhaupt nicht zu

Begründung der Kandidaten:

Wir sind der Meinung, dass Fahrverbote einer faktischen Enteignung gleichgestellt sind. Vielmehr müssen die Autohersteller dafür sorgen, dass die im guten Glauben an die Versprechungen der Hersteller gekauften Fahrzeuge auf deren Kosten die angegebenen Werte einhalten. Ansonsten droht zudem insbesondere im Handwerk eine zusätzliche finanzielle Belastung durch die Anschaffung von Neuwagen, die manchen Betrieb unvorbereitet träfe. Ersatzweise Neuwagenanschaffungen zu unterstützen halten wir für ein Konjunkturprogramm für diejenigen, die den Schaden verursacht haben.

Die Elbe in Niedersachsen soll für große Containerschiffe weiter vertieft werden.

Stimme vollkommen zu
Stimme zu 2
Neutral 3
Stimme nicht zu 1
Stimme überhaupt nicht zu 3

Votum: Stimme nicht zu

Begründung der Kandidaten:

Wir sind mehrheitlich der Meinung, dass mit dem Jade-Weser-Port ein Tiefwasserhafen entstanden ist, der genug Kapazität hat, per Containerschiff anlandene Güter, aufzunehmen. Eine weitere Vertiefung der Elbe findet somit nicht unsere Zustimmung.

In Niedersachsen sollen islamische Feiertage auch als offizielle Feiertage anerkannt werden.

Stimme vollkommen zu
Stimme zu 2
Neutral 3
Stimme nicht zu 4
Stimme überhaupt nicht zu

Votum: Neutral

Begründung der Kandidaten:

Wir sind der Meinung, dass ohne Klärung der Gesamtzahl der zu berücksichtigenden Feiertage und der damit in Verbindung stehenden Regelungen im Feiertagsgesetz keine abschließende Aussage möglich ist. Generell halten wir Sonderregeln, die das gesellschaftliche Leben betreffen, für überholt. Religion ist als Privatsache anzusehen, deren Ausübung darf die Freiheit Andersgläubiger nicht einschränken.

Ausländer, die im Verdacht stehen eine schwere Straftat in Deutschland zu begehen, sollen abgeschoben werden.

Stimme vollkommen zu
Stimme zu 1
Neutral
Stimme nicht 7
Stimme überhaupt nicht zu 1

Votum: Stimme nicht zu

Begründung der Kandidaten:

Wir sind der Meinung, dass ein Verdacht niemals dafür ausreichen darf, eine Folge zu haben, die so immense Auswirkungen hat, wie eine Abschiebung.

Straffällig gewordene Asylsuchende sollen in jedem Fall abgeschoben werden.

Stimme vollkommen zu
Stimme zu 4
Neutral
Stimme nicht zu 5
Stimme überhaupt nicht zu

Votum: Neutral

Begründung der Kandidaten:

Wir konnten leider keine eindeutig mehrheitliche Meinung für oder gegen ein Aufenthaltsrecht nach verbüßter Strafe generieren. Wir tendieren jedoch zur Meinung, dass mit Verbüßung einer Strafe die Schuld an der Gesellschaft getilgt ist. Dies müsste für alle Menschen unabhängig von ihrer Herkunft gelten.

Polizeikräfte in Niedersachsen sollen zusätzlich mit Elektroschockpistolen (sog. „Tasern“) ausgestattet werden.

Stimme vollkommen zu

Stimme zu 2

Neutral 3

Stimme nicht zu 2

Stimme überhaupt nicht zu 1

Votum: Neutral

Begründung der Kandidaten:

Wir konnten leider keine eindeutig mehrheitliche Meinung für oder gegen einen Einsatz von Tasern generieren. Während einerseits ein Einsatz als Alternative zum Gebrauch der Schusswaffe als sinnvoll erachtet wurde, wurde andererseits angemerkt, dass damit ein staatlich legitimierte Körperverletzung möglich sei, die nachweislich schon zu Todesfällen geführt hat.

In Bussen und Bahnen des Nahverkehrs soll ein generelles Alkoholverbot gelten.

Stimme vollkommen zu

Stimme zu 3

Neutral 1

Stimme nicht zu 4

Stimme überhaupt nicht zu 1

Votum: Stimme nicht zu

Begründung der Kandidaten:

Wir sind mehrheitlich der Meinung, dass dies eine Benachteiligung derer wäre, die sich trotz Alkoholgenuss unauffällig verhalten. Abgesehen lässt eine generelle Ausschlussregel außer Acht, dass damit nicht das Problem der ange- oder betrunken in öffentliche Nahverkehrsmittel einsteigende Personen eliminiert wird.

Das Land Niedersachsen soll weiterhin Projekte gegen Rechtsextremismus fördern.

Stimme vollkommen zu 7

Stimme zu

Neutral 1

Stimme nicht zu

Stimme überhaupt nicht zu 1

Votum: Stimme vollkommen zu

Begründung der Kandidaten:

Wir sind der Meinung, dass extremistische Auswüchse egal in welche Richtung gleichermaßen abzulehnen sind.

Niedersachsen muss Linksextremismus deutlich stärker bekämpfen als bisher.

Stimme vollkommen zu	4
Stimme zu	3
Neutral	1
Stimme nicht zu	
Stimme überhaupt nicht zu	

Votum: Stimme vollkommen zu

Begründung der Kandidaten:

Wir sind der Meinung, dass extremistische Auswüchse egal in welche Richtung gleichermaßen abzulehnen sind.

Um Kosten zu sparen, sollen weiterhin Gemeinden zusammengelegt werden.

Stimme vollkommen zu	
Stimme zu	1
Neutral	6
Stimme nicht zu	1
Stimme überhaupt nicht zu	

Votum: Neutral

Begründung der Kandidaten:

Wir sind der Meinung, dass derartige Entscheidungen nicht durch die Politik, sondern durch die betroffenen Bürger fallen müssen. Zu beachten ist auf jeden Fall, dass weiterhin ein wohnortnaher Zugang zur Verwaltung erhalten bleibt. Ob durch eine Zusammenlegung das grundsätzliche Problem der Finanzierung ohne Landes- oder Bundesmittel gelöst ist, halten wir für zweifelhaft.